

aus unserem Archiv vom 15. Juni 2011

Ja zu grüner Energie auf dem Flugplatz

Einstimmig hat der Zweckverband Flugplatz Bitburg dem Entwurf des Bebauungsplans für eine acht Hektar große Photovoltaik-Anlage südlich der Landebahn zugestimmt. Läuft alles glatt, könnte das Acht-Millionen-Euro-Projekt im Herbst Baurecht erlangen.

Bitburg. Es ist eine Idee von Projektentwickler Frank Lamparski und der Flugplatz Bitburg GmbH, den geplanten Industrie-, Fracht- und Werftflughafen mit "grünem Strom" zu versorgen. Vor diesem Hintergrund läuft seit Ende vergangenen Jahres ein Planverfahren für eine rund acht Hektar große Photovoltaik-Anlage, die südlich der Landebahn auf dem Flugplatz gebaut werden soll.

Rund 36 000 Solarmodule sollen rund 4,5 Megawatt Strom produzieren - das entspricht in etwa dem Strombedarf von 1000 Haushalten. Zum Vergleich: Die Solaranlage auf der Gemarkung des Bitburger Stadtteils Irsch erstreckt sich auf rund 14 Hektar.

Dem Entwurf des Bebauungsplans für das Photovoltaik-Projekt südlich der Landebahn stimmte der Zweckverband Flugplatz Bitburg in seiner gestrigen Sitzung einstimmig zu. Zu entscheiden hatte das Gremium über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen.

Skeptisch blickt vor allem die Ortsgemeinde Scharfbilling auf die Pläne für die Solaranlage. Aus einem einfachen Grund: Der Ort möchte nur 800 Meter entfernt ein Neubaugebiet ausweisen, und wer sich dort niederlässt, soll nicht auf ein großes Feld glänzender und blendender Solarmodule blicken müssen.

Wer baut, ist noch offen

"Deshalb fordern wir eine Kulissenbepflanzung als Sichtschutz", sagt Scharfbillings Ortsbürgermeister Otto Kranz. Diesem Wunsch wird entsprochen. In einem städtebaulichen Vertrag soll geregelt werden, dass der Bauherr der Anlage als Ausgleichsmaßnahme zu einer solchen Sichtschutz-Bepflanzung verpflichtet wird.

Wer der Bauherr der Solaranlage sein wird, ist noch offen. "Die Fläche, auf der hier geplant wird, gehört dem Bund, der diese der Flugplatz GmbH zur Nutzung überlassen hat. Eine Möglichkeit wäre, dass die GmbH mit dem Bund eine Vereinbarung trifft und die Solaranlage selbst betreibt oder aber sich für diese Aufgabe einen Dritten sucht", sagt Helmut Berscheid, Geschäftsführer des Zweckverbands. Die Investitionskosten für eine solche Photovoltaik-Anlage werden auf rund acht Millionen Euro geschätzt. Berscheid geht davon aus, dass das Baurecht für die Photovoltaik-Anlage frühestens im Herbst vorliegt - wenn alles glattläuft.

Dazu muss auch das Ergebnis einer Landespflegeuntersuchung abgewartet werden, die derzeit läuft und bei der das Vorkommen schützenswerter Tierarten wie Tagfalter, Heuschrecken und der Vogelart Wiesenpieper erhoben wird. Berscheid: "Wir gehen davon aus, dass wir von dieser Seite keine Probleme bekommen, aber die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, das Ergebnis bleibt abzuwarten." scho